

Bürgermeister für Südumgehung

-flu- LIMBURG. Bürgermeister Martin Richard hat in seiner Haushaltsrede eindeutig für die Entlastung der Innenstadt vom Durchgangsverkehr und für die mittelfristige Verwirklichung der Südumgehung Stellung bezogen. Dabei äußerte er sich lobend und zugleich kritisch zur Bürgerinitiative „Keine Südumgehung Limburg.“

Richard sagte wörtlich: „Gerne hätte ich mir die Diskussion über die Südumgehung erspart, wenn meine zum Teil hochgelobten Vorgänger dieses Thema angegangen wären, als solche Plan- und Genehmigungsverfahren noch bedeutend unkomplizierter geregelt werden konnten.“ Dennoch gelte es festzustellen, dass die Stadt in der Priorität des Bundesverkehrswegeplans, aber auch bei den Voruntersuchungen, noch nie so weit gewesen sei wie heute. „Die fachlich beste Lösung ist gefunden, egal ob sie unseren politischen Vorstellungen entspricht oder nicht.“ Jetzt müssten die städtischen Gremien gewichten, was wichtiger sei: Die Umgehung und die damit verbundene Entlastung der Innenstadt – oder politisch Recht zu behalten. Unabhängig davon gelte es, bis zur Realisierung einer solchen Straße weitere Verbesserungen im Verkehr zu erreichen. Daher habe der Magistrat im Haushalt Mittel für die

Weiterentwicklung von Verkehrskonzepten eingestellt. Gleiches gelte für den Etat der Stadtlinie, in dem Gelder für eine konzeptionelle Weiterentwicklung zur Verfügung stünden. In seiner Rede ging der Bürgermeister auch auf die Bürgerbeteiligung bei speziellen Themen der Stadtpolitik ein. Die politisch Verantwortlichen sollten erkennen, wo versucht werde, Einzelinteressen über das Gemeinwohl zu stellen.

Richard: „Der Bürgerinitiative ‚Gegen die Südumgehung‘ sollten wir auf der einen Seite dankbar sein, da sie dafür gesorgt hat, dass in einem sehr frühen Planungsstadium die hydrogeologischen Formationen der beiden Varianten umfassend untersucht wurden. Auf der anderen Seite habe ich kein Verständnis für die von der Initiative dargestellte Betroffenheit.“

Eine zweispurige, in mindestens 200 Meter Entfernung verlaufende, in einem Trog von vier Metern Tiefe eingegrabene Straße hätte zu keinen unzumutbaren Belästigungen in Bezug auf Lärm und sonstige Immissionen geführt, ist das Stadtoberhaupt überzeugt. „Hier trifft jedoch das zu, was wir bundesweit mittlerweile sehr oft feststellen. Eine gebildete, schön daherredende, bisher aber kaum engagierte Schicht, versteht es glänzend, ihre Einzelinteresse als das Gemeinwohl darzustellen“, sagte Richard.